

Betrifft

**E-Government;**

**Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Gemeinden;**

Beschluss der Landesamtsdirektorenkonferenz vom 23. März 2001

Die Landesamtsdirektorenkonferenz befasste sich in ihrer Tagung vom 23. März 2001 unter anderem neuerlich mit der Frage einer zwischen Bund, Ländern und Gemeinden abgestimmten Vorgangsweise im Bereich E-Government.

Die Landesamtsdirektorenkonferenz fasste dazu folgenden

Beschluss:

Die Landesamtsdirektorenkonferenz nimmt den vorliegenden Zwischenbericht der Arbeitsgruppe „E-Government“ zur Kenntnis und fordert die Arbeitsgruppe auf, ihre Arbeiten zügig fortzusetzen.

Die Landesamtsdirektorenkonferenz beauftragt die Arbeitsgruppe zusätzlich, Fragen der Verrechnung und Vorschreibung von Kosten und Abgaben für Daten, die zwischen den Gebietskörperschaften von diesen beliebigen Unternehmungen und anderen vergleichbaren Einrichtungen übermittelt werden, mit dem Ziel des kostenlosen Austausches dieser Daten zu prüfen.

Die Verbindungsstelle ersucht unter Bezugnahme auf VST-1712/31 vom 9.11.2000 um Kenntnisnahme.